

Am vergangenen Montag, dem 13. Februar 2012 beriet der Gemeinderat über folgende Punkte:

1. Bürgerfragestunde

In der Bürgerfragestunde wurden keine Fragen oder Anregungen vorgebracht.

2. Bauanträge seit der Sitzung am 23. Januar 2012

a) Errichtung eines Werbepylons

Auf Empfehlung des Landratsamtes/Straßenbauamt wurde dieser Tagesordnungspunkt zunächst vertagt.

b) Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Garage

Flurstück Nr.: Flst.Nr. 104/11, Hinterer Burgweg 16a

Der Gemeinderat erteilte das Einvernehmen nach § 36 BauGB.

3. Bebauungsplan „Bühlweg“ Beschluss über Verfahrenswechsel nach § 13 a BauGB

In seiner Sitzung am 9. März 2009 hat der Gemeinderat beschlossen für das Gebiet „Bühlweg“ einen Bebauungsplan aufzustellen. Vorgesehen war für die Aufstellung ein normales 2-stufiges Bebauungsplanverfahren mit Umweltbericht.

Im Benehmen mit dem Landratsamt Ortenaukreis wurde zwischenzeitlich deutlich, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt werden kann. Danach kann auf die Erstellung eines Umweltberichts verzichtet werden kann, da es sich um eine Planung im Rahmen der Innenentwicklung handelt.

Um das Aufstellungsverfahren nach § 13 a BauGB abwickeln zu können, ist ein Verfahrenswechsel notwendig. Hierzu muss der Aufstellungsbeschluss nochmals gefasst und öffentlich bekannt gegeben werden. Die Weiteren, bereits durchgeführten Verfahrensschritte werden anerkannt und müssen nicht nochmals durchgeführt werden.

Der Gemeinderat stimmte dem Verfahrenswechsel zu. Das Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan „Bühlweg“ soll daher im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB abgewickelt werden.

4. Information über die Waldservice e. G.

Die Waldservice Ortenau eG mit Sitz in Ohlsbach ist ein Zusammenschluss mehrerer waldbesitzender Gemeinden sowie zwei Forstbetriebsgemeinschaften im Ortenaukreis. Die Gemeinde Ortenberg ist nicht Mitglied der Genossenschaft, jedoch Kunde, da die Waldbewirtschaftung ausschließlich von der Waldservice Ortenau eG vorgenommen werden.

War es bisher gängige Praxis, dass nur Kommunen, die eigenes Personal in die Genossenschaft überführen Gesellschafts- bzw. Genossenschaftsanteile erwarben, wird nun

auch weiteren Gemeinden diese Möglichkeit eröffnet. Ein Genossenschaftsanteil beträgt 2.500 EUR.

Inwieweit die Zeichnung eines Genossenschaftsanteils für die Gemeinde Ortenberg sinnvoll ist, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Herr Kurt Weber, neben Herrn Stefan Grimm Vorstand der Waldservice Ortenau eG, stellte dem Gemeinderat die Waldservice-Genossenschaft vor.

Dieser Tagesordnungspunkt diene zunächst ausschließlich der Information, eine Beschlussfassung war nicht vorgesehen.

5. Beschluss über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2012

Der Haushaltsplan wurde bereits in einer Haushaltsbesprechung der Verwaltung unter Beteiligung von Mitgliedern des Gemeinderats im Januar ausführlich besprochen.

In der Sitzung erläuterte Kämmererin Irene Polinski den Haushaltsplan ausführlich und beantwortete die Fragen aus dem Gremium:

Nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise die öffentlichen Haushalte im Jahr 2009 in eine Schieflage gebracht hat, entspannt sich nun im Zuge der wirtschaftlichen Erholung die Finanzsituation der Kommunen mit steigenden Steuereinnahmen. Die Prognosen für die Steuer- und Wirtschaftsentwicklung sehen derzeit positiv aus. Jedoch schwebt über all den guten Aussichten eine große Ungewissheit, ob die Voraussagen der Steuerschätzer und Wirtschaftsexperten auch tatsächlich so eintreten werden. Nachdem sich die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Euro-Schuldenkrise entwickelt hat, ist die Entwicklung der Steuereinnahmen mit einigen Risiken versehen.

Der Haushaltsplan 2012 hat ein Gesamtvolumen von 6.667.000 €. Dabei entfallen auf den Verwaltungshaushalt 5.645.000 € und auf den Vermögenshaushalt 1.022.000 €.

Der Gesamtbetrag des Verwaltungshaushaltes liegt um 418.000 € über dem Plan des Haushaltsjahres 2011. Die günstigen Konjunkturaussichten und die prognostizierten Zahlen lassen gegenüber den Planzahlen des Vorjahres Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer, dem Einkommenssteueranteil und bei den Zuweisungen von rd. 500.000 € erwarten. Gleichzeitig steigen die Finanzausgleichs- und Kreisumlage – zeitverzögert wirkt die Systematik des Finanzausgleichs um 2 Jahre versetzt – um rd. 150.000 €. Des Weiteren sind im Verwaltungshaushalt in stärkerem Maße Maßnahmen im Bereich der Straßen- (Ansatz: 25.000 €) und Rebwegeunterhaltung (Ansatz: 30.000 €) geplant. Zu erwähnen ist darüber hinaus der Ansatz für die Aufstellung und Änderung der Bebauungspläne von 35.000 €.

Die Schwerpunkte des Vermögenshaushaltes liegen im Tiefbaubereich. Die wichtigsten Maßnahmen sind die Aufdimensionierung des Regenwasserkanals im Bühlweg (255.000 €), der Straßenausbau im Gewerbegebiet Allmendgrün (120.000 €), die Straßensanierung sowie die Aufdimensionierung der Wasserleitung in der Waldgasse (79.000 €), die Erschließung der „Bruchstraße Süd“ (80.000 €), die Sanierung der Friedhofsmauer (28.000 €) und die Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens für die Freiwillige Feuerwehr (50.000 €).

Erfreulicherweise können im Haushaltsjahr 2012 und auch in den kommenden Jahren positive Zuführungsraten vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt erwartet werden. Die geplante Zuführung beträgt 181.000 €. Die Nettoinvestitionsrate nach Abzug der ordentlichen Tilgung (94.000 €) beträgt 87.000 €, so dass die Forderungen von § 22 Abs. 1 GemHVO für einen gesetzmäßigen Haushaltsausgleich in vollem Umfang erfüllt sind. Im Vergleich mit den Erwartungen des letzten Jahres, in dem im Finanzplan noch von einer negativen Zuführungsrate in Höhe von 109.000 ausgegangen wurde, ergibt sich eine Verbesserung um rd. 300.000 €.

Zur Finanzierung der Investitionen im Vermögenshaushalt stehen neben der Zuführungsrate von 181.000 €, der Rücklagenentnahme von 337.400 €, der Beiträge von 72.000 € auch Zuschüsse für Investitionen von 31.600 € zur Verfügung. Außerdem wurde eine Kreditaufnahme in Höhe von 400.000 € eingeplant.

Der Schuldenstand der Gemeinde im Kernhaushalt incl. Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung beläuft sich zum 31.12.2012 voraussichtlich auf ca. 903.000 €. Die Nettoneuverschuldung im Jahr 2012 beträgt 306.000 €. Die Pro-Kopf-Verschuldung beläuft sich zum 31.12.2012 auf 271 €/Einwohner (vergleichbarer Landesdurchschnitt: 435 €/Einwohner).

Die Hebesätze der Realsteuern werden nicht geändert.

Bürgermeister Vollmer bedankte sich bei Frau Polinski für die äußerst gewissenhafte und zuverlässige Arbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes. Er betonte, dass sich gegenüber den Prognosen noch vor einem Jahr die Aussichten für das laufende und die kommenden Jahre deutlich aufgehellt haben. Man kann daher sehr zuversichtlich in die Zukunft blicken, sollte aber stets bedenken, dass sich die Rahmenbedingungen jederzeit wieder ändern und einen Wechsel der Vorzeichen in die andere Richtung mit sich bringen kann.

Die Fraktionssprecher Victor Witschel und Joachim Lang bedankten sich bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanes. Herr Witschel sieht die Gemeinde auf einem guten Weg. Insbesondere auch bei der Umsetzung von Betreuungsangeboten in der Schule sei viel geleistet worden. Er unterstrich dabei besonders auch die Zusammenarbeit mit SoNO bei der Betreuung der Schulkinder, über die man sich als Gemeinde glücklich schätzen darf. Es gilt jetzt notwendige Investitionen im Tiefbaubereich zu tätigen, um in einigen Jahren Spielraum für die Gestaltung der Ortsdurchfahrt zu erhalten. Auch Joachim Lang erkennt noch Entwicklungspotential und sieht ebenfalls neben Fragen der Vereinsförderung, der Betreuung und Bildung wichtige infrastrukturelle Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Ortsdurchfahrt in den Folgejahren angegangen werden müssen. Man müsse allerdings darauf hoffen, dass die guten Prognosen auch tatsächlich eintreffen.

Auf die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung 20ß12 an anderer Stelle des Amtsblattes wird verwiesen.

6. Bildung von Haushaltsresten in der Haushaltsrechnung 2011

Nach dem Haushaltsgrundsatz der zeitlichen Bindung verfallen nicht ausgeschöpfte Einnahme- und Ausgabeansätze am Ende des Haushaltsjahres. Eine Ausnahme vom Grundsatz der zeitlichen Bindung bilden die Haushaltsreste. Haushaltsreste ermöglichen,

dass die nicht ausgeschöpften Einnahme- und Ausgabeansätze in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden können. Das bedeutet, dass Ausgaben dem „alten“ Jahr zugerechnet und auch dort gedeckt werden, die Aufträge aber im „neuen“ Jahr erteilt werden können, ohne diese im neuen Haushaltsplan veranschlagen zu müssen.

Haushaltsausgabereste verschlechtern das Jahresergebnis, da Ausgaben des kommenden Jahres durch Deckungsmittel des laufenden Jahres finanziert werden.

Der Gemeinderat beschloss für das Jahr 2011 die Bildung von folgenden Haushaltsresten:

Verwaltungshaushalt

Kanalnetzunterhaltung 15.000 €

Einführung der gesplitteten Abwassergebühr 24.000 €

Vermögenshaushalt

Umbau von Kellerräumen zur Mensa 13.000 €

Kanalerneuerungsmaßnahmen 50.000 €

7. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung

Der Bürgermeister gab bekannt, dass der Gemeinderat in der nichtöffentlichen Sitzung am 23. Januar 2012 beschlossen hat, zwei der Gemeinde angebotene Baugrundstücke nicht zu erwerben.

8. Verschiedenes und Mitteilungen

Der Bürgermeister informierte darüber, dass

- auf den Antrag aus der Mitte des Gemeinderates zur Prüfung eines Nachfahrverbotes für LKW im Bereich „Ortenberg Süd“ zunächst eine nächtliche Verkehrszählung durchgeführt wird,
- sich der Energieverbrauch bei der Straßenbeleuchtung infolge des sukzessiven Austausches der Leuchtmittel gegenüber der Basis von 2007 in 2011 um 13 % reduziert hat,
- die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Gewerbegebiet Raum Offenburg den Jahresabschluss 2010 und den Wirtschaftsplan 2012 beschlossen hat.
- Aufgrund der günstigen Witterungsbedingungen hat der Bauhof in der vergangenen Woche mit den Arbeiten zur Herstellung eines Verbindungsweges entlang der unteren Friedhofsmauer begonnen.

9. Wünsche und Anträge

Aus der Mitte des Gemeinderates wurden drei Anregungen und Anträge vorgetragen. Gemeinderat Klaus Münchenbach bat die Möglichkeit der Schaffung eines behindertengerechten WC in der Schlossberghalle zu prüfen.

Karl-Peter Düren regte die Umsetzung einer Straßenlampe im Käfersbergweg an. Matthias Buggle trug für die CDU-Fraktion die Bitte an die Verwaltung heran, ungeachtet der bereits laufenden Prüfung auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule eine Kooperation der Ortenberger Schule mit der Erich-Kästner-Realschule zu prüfen, um langfristig den Schulstandort Ortenberg bis zur Klassenstufe sechs zu sichern.

Anschließend tagte der Gemeinderat nicht-öffentlich.